



HESSISCHER LANDTAG

01. 09. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Schule in der neuen Normalität: Der Kultusminister muss endlich vorausschauend agieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Coronakrise ein dynamisches Geschehen darstellt, auf das dynamisch reagiert werden muss. Seit die Infektionszahlen von SARS-CoV-2 auf ein relativ niedriges Niveau gesunken waren (R-Faktor unter 1), befinden wir uns in einer konstanten Krise, die immer wieder zu einer akuten Krise werden kann.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, an jedem Gesundheitsamt einen Ansprechpartner prioritär für den Schulbereich zu benennen, der im konstanten Austausch mit den Schülern und den Schulträgern steht.
3. Der Landtag stellt fest, dass der Kultusminister zwei Wochen nach Schulbeginn nun endlich ein 4-Stufen-Modell angekündigt hat, das unterschiedliche Einschränkungen im Schulbereich vorsieht. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, diese Szenarien an Infektionsclustern zu orientieren und wissenschaftlich fundierte Inzidenzzahlen vorzulegen.
4. Der Landtag weist darauf hin, dass die digitale Ausstattung der Schulen nicht ausreicht, um die dritte und die vierte Stufe des 4-Stufen-Modells pädagogisch verantwortlich zu gestalten. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, zumindest die folgende Ausstattung der Schulen sicherzustellen:
 - eine Ausstattung von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften mit digitalen Endgeräten,
 - eine Sicherstellung flächendeckender digitaler Infrastruktur, insbesondere ausreichender Breitbandversorgung und WLAN,
 - eine Kernreichbarkeit der Lehrkräfte für den asynchronen und den synchronen digitalen Austausch mit Schülerinnen und Schülern außerhalb des Präsenzunterrichts,
 - Instrumente für den synchronen Austausch zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern, insbesondere Videokonferenzsysteme.
5. Der Landtag stellt fest, dass trotz monatelanger Vorbereitungszeit die Schulen bis jetzt nicht flächendeckend an eine Lehr- und Lernplattformen wie das hessische Schulportal angeschlossen sind. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, den Schulen schnellstmöglich diesen Anschluss zu ermöglichen. Die Nutzung der Plattformen sollte in allen Schulen und Jahrgangsstufen verpflichtend sein. Welche Plattform dabei verwendet wird, steht den Schulen offen, solange vom Kultusministerium vorgegebene Mindestkriterien erfüllt werden. Der Landtag fordert die Landesregierung des Weiteren auf, für die Nutzung der Lehr- und Lernplattformen ausreichend Fortbildungen zur Verfügung zu stellen. Bei Bedarf erhalten Schulleitungen zudem eine direkte Betreuung durch eine Task Force zum korrekten Einsatz der Plattform.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihre Verantwortung für die hessischen Schulen endlich wahrzunehmen und sie in dieser Zeit der Pandemie umfassend zu unterstützen. Schulleitungen und Lehrkräfte müssen in Entscheidungsprozesse eingebunden und mit ausreichend zeitlichem Vorlauf über neue Vorgaben informiert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. September 2020

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock